

Stadtwerkstatt

7



Stadtgrün für alle —
Hamburg gemeinsam gestalten und erhalten



Ein Teil der Veranstaltung fand auf dem Gelände des Hamburg Museums in einem schönen Zelt statt.

Grußwort der Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau	3
Auf dem Podium und am Rednerpult	5
„Vom Federplan zum Grünen Netz“, Susanne Metz	6
Kurz und knapp: „Was ist die Qualitätsoffensive Freiraum“; „Was ist Urban Gardening?“	9
„Allianzen lohnen sich“, Prof. Klaus Overmeyer	10
„Mitgestalten und mitplanen“, Thies Schröder.	12
Der Schlüssel zum Erfolg: Wertschätzung – Themenvertiefung in Arbeitsgruppen	13
Schlusswort von Senatorin Blankau	17
„Markt der Möglichkeiten“, Initiativen, Vereine und aktuelle Planungsprojekte rund um das Thema „Stadtgrün“ stellen sich vor	18
Impressum	20

Programm der Veranstaltung

Begrüßung durch Senatorin Jutta Blankau ■ **Einführungsvortrag von Susanne Metz, Leiterin des Amtes für Landes- und Landschaftsplanung** ■ **Zwei Impulsbeiträge zu bürgerschaftlichem Engagement und kooperativer Planung bei der Gestaltung von Grün- und Freiräumen, Prof. Klaus Overmeyer, Berlin und Thies Schröder, Berlin** ■ **Diskussion mit den Gästen in sechs moderierten Arbeitsgruppen** ■ Vorstellung im Plenum ■ Schlusswort von Senatorin Jutta Blankau ■ Offener Ausklang mit Angebot von Expertengesprächen im „Markt der Möglichkeiten“

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Gäste der siebten Stadtwerkstatt,**

das Thema „Stadtgrün“ wurde nicht zufällig gewählt: 2014 ist das Jahr der grünen Jubiläen. Wir feiern 100 Jahre Stadtpark, 100 Jahre Altonaer Volkspark und 100 Jahre Stadtgrün-Verwaltung. Die drei Geburtstage zeigen: Hamburg pflegt eine lange, grüne Tradition, die einen hohen Stellenwert für die Hamburgerinnen und Hamburger hat. Seit 1914 sind zahlreiche weitere Park- und Grünanlagen entstanden. Die jüngste – der Wilhelmsburger Inselepark – wurde 2014 den Hamburgerinnen und Hamburgern übergeben.

In Hamburg gehören Stadt- und Freiraumentwicklung zusammen. Als wachsender Stadtstaat kann – und will – Hamburg nicht weiter wertvolles Grün zersiedeln. Die Stadt wächst daher in ihrem Inneren zusammen: Sie verdichtet behutsam innerhalb bestehender Siedlungsräume, schließt Baulücken, sattelt Stockwerke auf Bestandsgebäuden auf und entwickelt auf ehemaligen Hafens-, Bahn- und Industrieflächen neue Quartiere mit hohem Grünanteil. Der Erhalt, die Pflege und Weiterentwicklung der Hamburger Freiflächen ist damit eine der Grundvoraussetzungen, um die Lebensqualität in Hamburg und damit die Zukunftsfähigkeit der Stadt nachhaltig zu sichern. Wie gut das gelingen kann, zeigt der „Sprung über die Elbe“, dessen markantestes Projekt der Bau des neuen, grünen Stadtteils „Wilhelmsburg Mitte“ rund um den Wilhelmsburger Inselepark ist.

Ähnliche Ziele verfolgen wir ab 2015 mit der Entwicklung des Hamburger Ostens mit unserem Konzept „Stromaufwärts an Elbe und Bille“. Damit dies gelingen kann, ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger



unverzichtbar. Dieses Engagement äußert sich in vielfältiger Form: Zahlreiche Vereine sind in Hamburger Parkanlagen aktiv, Paten pflegen Grünflächen in ihrem Stadtteil, einzelne Bürger beteiligen sich an der Kampagne „Mein Baum – Meine Stadt“ oder beim Urban Gardening.

Auch diese Stadtwerkstatt am 26. August 2014 im Hamburg Museum kommt dem Interesse der Bürgerinnen und Bürger nach: Verwaltung und Bürgergesellschaft treten miteinander in den Dialog, um das Wissen und kreative Potenzial aller für die Weiterentwicklung der Park- und Grünanlagen zu nutzen – für eine grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser.

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jutta Blankau'.

Jutta Blankau
Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt

Impressionen 1



Stadtwerkstatt Hamburg

26. August 2014, 18.00 Uhr
Hamburg Museum, Holstenwall 24, 20355 Hamburg
U 3 / Bus 112 | Eintritt frei

STADT
WERK
STATT
auf Dialoge basieren

Eine Veranstaltung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
www.hamburg.de/stadtwerkstatt

Hamburg



Auf dem Podium und am Rednerpult

Vorträge:

Susanne Metz, Leiterin des Amtes für Landes- und Landschaftsplanung

Prof. Klaus Overmeyer, Landschaftsarchitekt, Urban Catalyst studio und Professur Landschaftsarchitektur an der Bergischen Universität Wuppertal

Thies Schröder,

ts | pk, thies schröder | planungskommunikation, Berlin

Arbeitsgruppenmoderationen:

Berthold Eckebrecht, Landschaftsarchitekt bdlA, Vorstandsmitglied der Hamburgischen Architektenkammer

Irmela Feige,

Moderatorin, Mediatorin, Supervisorin, Hamburg

Klaus Hoppe, Leiter der Abteilung für Landschaftsplanung und Stadtgrün, BSU

Prof. Klaus Overmeyer

Anette Quast,

Inhaberin polis aktiv Stadterneuerung und Moderation

Thies Schröder

Gesamtmoderation: Katrin Fahrenkrug



v. l. n. r.: Klaus Hoppe, Anette Quast, Irmela Feige, Berthold Eckebrecht, Prof. Klaus Overmeyer, Thies Schröder, Katrin Fahrenkrug



Das „Grüne Netz Hamburg“

Leitplan zur Stadtentwicklung Hamburg 2030

Das „Grüne Netz Hamburg“ ist die Planungsgrundlage, an der wir gemeinsam quer durch alle Ämter in der Stadtverwaltung arbeiten. In unserem Zukunftsentwurf „Grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser – Perspektiven der Stadtentwicklung für Hamburg“ umreißen wir, wie sich die Stadt bis 2030 entwickeln soll. Eine der vier Strategien, „Mehr Stadt in der Stadt“, beschreibt, wie Hamburg natur- und sozialverträglich wachsen kann. „Mehr Stadt in der Stadt“ zielt darauf ab, neue Wohn-, Gewerbe- und Freiräume in das bestehende Siedlungsgefüge zu integrieren, Stadträume also zu verdichten, statt wertvolle Grün- und Landschaftsräume zu zerstören. Die Gebiete, die sich für diese Form der Stadtentwicklung eignen, finden sich insbesondere in der „Urbanisierungszone“ rund um die kompakte Innere Stadt sowie im Entwicklungsraum südlich der Elbe. Zu der Strategie „Mehr Stadt in der Stadt“ gehört ebenso die „Qualitätsoffensive Freiraum“: Danach sollen neue

Wohnungsbauvorhaben grundsätzlich mit der Aufwertung von Freiräumen einhergehen.

Stromaufwärts an Bille und Elbe

Diese Stadtflächen stehen in den kommenden Jahren im Fokus der Entwicklung: Sie bieten Raum für größere Wohnungsbauprojekte, neue Gewerbestandorte und Grünanlagen. Insbesondere der Hamburger Osten soll dabei in seiner Entwicklungsdynamik gefördert werden: Das Programm „Stromaufwärts an Elbe und Bille – Wohnen und urbane Produktion in HamburgOst“ ist nach dem Bau der HafenCity und dem „Sprung über die Elbe“ die dritte große Herausforderung in der Entwicklung der Stadt. Ziel ist es, in den Stadtteilen Hammerbrook, Borgfelde, Hamm, Horn, Rothenburgsort, Billbrook und Billstedt neue Stadtqualitäten zu schaffen, moderne Industrie- und Gewerbestrukturen zu entwickeln und Wasser und Grün miteinander zu verbinden. Es geht um die Fragen: Wie schaffen wir Zugänge zu den Flüssen Bille und Elbe? Welche Grünverbindungen benötigen wir zusätzlich, welche Parks können wir noch besser erschließen und welche Brückenschläge fehlen uns? Hier können wir auch von „100 Jahre Stadtpark“ lernen.

100 Jahre Stadtpark sind 100 Jahre Pflege und Weiterentwicklung

Das Erfolgsgeheimnis des Hamburger Stadtparks ist: Er passt sich flexibel den sich wandelnden Bedürfnissen seiner Nutzerinnen und Nutzer an. Selbst allerneuesten Trendsportarten wie dem „Stand up Paddling“ bietet er die notwendigen attraktiven Wasserflächen. Es gibt Ruhe- und Erlebnisflächen, Spiel- und Sportplätze, Räume für Begegnung und Kontemplation. Andere Parkanlagen – wie der Antoni Park auf St. Pauli oder der Grasbrookpark in der HafenCity – richten sich an bestimmte Nutzergruppen und -interessen.

Im Wilhelmsburger Inseelpark wiederum wurde von Anbeginn das Konzept „ParkSport“ umgesetzt: Dieses Konzept nimmt das gewachsene Bedürfnis der Stadtbewohnerinnen und -bewohner auf, sich wohnortnah in der Natur zu bewegen, Sport zu treiben, etwas für ihre Gesundheit zu tun und dabei anderen Menschen zu begegnen. Hierfür bietet der Park attraktive Möglichkeiten: Das Spektrum reicht von der Skateranlage und Kletterhalle bis zum Schwimmbad und Hochseilgarten.

Gemeinsam gestalten

Diese wenigen Beispiele zeigen: Wir wollen hoch hinaus. Die Frage ist: „Wie wollen wir unser Stadtgrün in Hamburg gemeinsam gestalten und erhalten?“ Dieser Frage gehen wir gemeinsam durch die Vorträge und Diskussionen in der Stadtwerkstatt nach.



Was ist die „Qualitätsoffensive Freiraum“?

Die Stadt Hamburg wächst. Jährlich sollen 6000 Wohneinheiten pro Jahr gebaut werden. Um sensible Landschaftsräume vor weiterer Zersiedlung zu bewahren, soll dieses Wachstum „nach innen“ stattfinden. Dieser Veränderungsprozess muss aktiv und nachhaltig gestaltet werden, wenn Hamburgs Stadtquartiere lebenswert und zukunftsfähig für alle bleiben sollen. Der strategische Planungsansatz „Qualitätsoffensive Freiraum“ setzt hier an: Neue Wohnungsbauvorhaben sollen grundsätzlich mit einer Aufwertung von Freiräumen kombiniert werden und zu einem „grünen Mehrwert“ führen. Der Fachbeitrag **„Mehr Stadt in der Stadt: Gemeinsam zu mehr Freiraumqualität in Hamburg“** zeigt auf, wie diese Ziele umgesetzt werden können (<http://tinyurl.com/l64p49l>).

Neben der Aufwertung bestehender urbaner Freiräume und der Weiterentwicklung des Grünen Netzes gilt es, die in einer kompakter werdenden Stadt noch vorhandenen Flächenpotentiale zu aktivieren. Dabei sind temporäre Nutzungen und die Möglichkeiten, die Straßenräume und Stadtplätze sowie die privaten Freiräume zwischen den Wohngebäuden oder die Nutzung von Dächern bieten, zu betrachten. Mit der aktuellen **Gründachstrategie** wird auch das Ziel verfolgt, neben den klimatisch-ökologischen Wirkungen die Dachlandschaften besser für intensive Freizeitnutzungen verfügbar zu machen.

Die Umsetzung der „Qualitätsoffensive Freiraum“ kann nur gelingen, wenn Freiraumentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe verstanden wird und Schlüsselakteure (wie die Wohnungswirtschaft, Vereine, Verbände, Schulen), die öffentliche Hand und die Stadtgesellschaft insgesamt gleichermaßen mitwirken. **Urban gardening** ist dabei eine von vielen Möglichkeiten, die Übernahme von Verantwortung für Freiräume durch private Kooperationen zu befördern.

Was ist Urban Gardening?

Urban Gardening bezeichnet neue Formen des Gärtnerns in den Städten. Ursprünglich in den 1970er Jahren in New York als Gemeinschaftsgartenbewegung aufgekommen, sind seit Ende der 1990er Jahre auch in deutschen Städten zahlreiche Gemeinschaftsgärten, interkulturelle Gärten, Stadtteilgärten oder Nachbarschaftsgärten entstanden (www.anstiftung-ertomis.de). Vielen Projekten gemeinsam ist, dass das gemeinschaftliche Gärtnern und der lokale Anbau von Nahrungsmitteln die Basis sind für einen kulturellen, nationalitätenübergreifenden, (stadtentwicklungs-) politischen Austausch oder für umweltpädagogische Aktivitäten. Deutschlandweit bekannt ist der Prinzessinnengarten in Berlin-Kreuzberg. Das bekannteste Hamburger Projekt – das rund 1.100 Quadratmeter große Gartendeck auf St. Pauli (www.gartendeck.de) – entstand 2011 zwischen einer ehemaligen Fischräucherei und dem legendären Kiez-Club Grünspan. Mittlerweile gibt es über 20 Projekte, z. B. den Stadtteilgarten in Hamm, den interkulturellen Garten und die Kunstnomadin in Wilhelmsburg oder die Meenkweise im Haynspark in Eppendorf. Die Hamburger Initiativen präsentieren sich im Internet auf der gemeinsamen Plattform www.gruenanteil.net. Urban Gardening Projekte ergänzen die bestehenden öffentlichen und privaten Freiflächenangebote (öffentliche Parkanlagen und Kleingärten) und bieten so mehr Lebensqualität in den vorwiegend dicht bebauten städtischen Quartieren, die auch räumlicher Schwerpunkt für die „Qualitätsoffensive Freiraum“ sind. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) und die Hamburger Bezirke unterstützen das „urbane Gärtnern“. Seit 2013 gibt es daher in der BSU eine Ansprechpartnerin für die Initiativen und einen Arbeitskreis zum Austausch zwischen der Verwaltung und den Initiativen.

„Allianzen lohnen sich“

Impulsbeitrag von Professor Klaus Overmeyer

Menschen wollen mitmachen und mitbestimmen. Das ist der eigentliche Paradigmenwechsel in der Planung und Gestaltung von Grün- und Freiflächen. Zwar gehören die städtischen Flächen nach wie vor der Öffentlichen Hand. An ihrer Gestaltung, Pflege und ihrem Betrieb aber wollen die Bürger beteiligt werden – und tun das in vielfältiger Weise:

Sportananeignung: die Guerilla unter den Stadtgärtnern

Jugendliche sind oftmals urbane Pioniere, die spontan städtische Brachen und Wildflächen für sich erobern. Diese Nischen, um die sich niemand kümmert und die keiner öffentlichen Planung unterliegen, nutzen sie meist temporär, um mit wenigen Mitteln einen eigenen Ort für Treffen und Aktionen zu gestalten.

Nachbarschaftliches Engagement: „Grün auf Eigeninitiative“

Formalisierter geht es bereits bei den nachbarschaftlichen Initiativen zu: Sie organisieren sich über Gruppengespräche und gemeinsame Aktionen. Ihr Engagement ist langfristig, kontinuierlich und richtet sich meist auf kleinere Flächen in ihrem unmittelbaren Wohnfeld, die sie gemeinsam pflegen und nutzen wollen.

Die stimulierte Aneignung: über Räume Kreativität freisetzen

Eines der Highlights der Großveranstaltung „Ruhr 2010 – Kulturhauptstadt Europas“ war die Stilllegung der A 40,

eine der wichtigsten Verbindungstrassen des Ruhrgebiets. Einen ganzen Tag stand sie den Bürgerinnen und Bürgern zur freien Verfügung, die die 60 Kilometer lange Fahrbahn in die größte Fußgängerzone der Welt verwandelten. Diese Aneignung, über Dritte stimuliert, hat auch starken Eingang in die Stadtentwicklung gefunden. Beispiel: Berlin-Marzahn. Hier planten und gestalteten Stadtverwaltung, Wohnungs- und Zivilgesellschaft gemeinsam einen Kiez-Park. Den Planern kam dabei die Rolle der „Kümmerer“ und „Ermöglicher“ zu. Voraussetzung ist: Die Menschen müssen sich für die Ideen begeistern können. Gelingt dies nicht, kann die „stimulierte Aneignung“ schnell in einen „stimulierten Vandalismus“ umschlagen.

Bürger als „eingebettete Koproduzenten“

Eine weitere Form der Aktivierung von Menschen ist die „eingebettete Koproduktion“: Dabei sehen Landschaftsarchitekten in ihren Planungen Freiräume für selbstinitiierte Projekte vor und gewinnen Initiativen dafür, diese zu gestalten, zu pflegen und zu nutzen. Dadurch werden die Initiativen zu Koproduzenten der Parkentwicklung, die autonom ihr Terrain entwickeln. Entsprechend vielfältig können die Ergebnisse sein: ein Garten, eine Minibauausstellung oder ein Diskursformat.

Die kommerzielle und nicht-kommerzielle Aneignung von Freiräumen

Grüne Freiräume werden selbstverständlich auch von Unternehmen oder gemeinwohlorientierten Institutionen genutzt: als Driving Ranges, Kletterparks, Clubs oder Theater im öffentlichen Raum. Auch Bürgerentwicklungsgesellschaften könnten als Planer, Gestalter

und Betreiber in Frage kommen, etwa beim Tempelhofer Feld in Berlin. Hier bleibt abzuwarten, ob die Menschen, die sich erfolgreich gegen die Bebauung gewehrt und für die freie Nutzung des Feldes eingesetzt haben, diese Rolle einnehmen möchten – und können.

Grünflächen als öffentlicher Überlebensraum

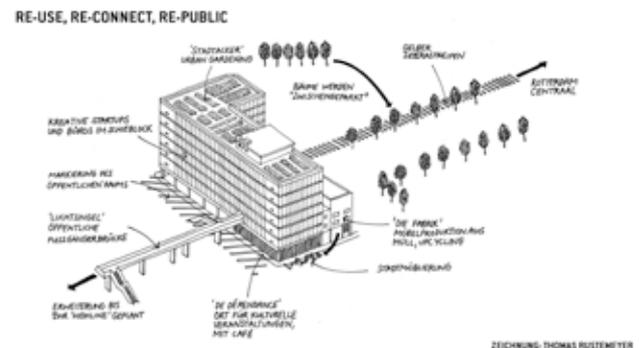
Nicht zu unterschätzen ist auch das Ausmaß an öffentlichen Räumen, die sich Menschen in Not aneignen: Hier werden Freiräume zu Wohn- und Lebensräumen, zu Produktionsräumen für Nahrungsmittel oder Standorte für lokale Ökonomie.

Großer Wurf statt „Klein-Klein“

Ein Beispiel aus den Niederlanden zeigt, wie gut die beschriebenen Aneignungsstrategien ineinandergreifen können. Es handelt sich dabei um einen innerstädtischen Block in unmittelbarer Nähe zum Rotterdamer Hauptbahnhof. Eine Gesellschaft aus zwei Landschaftsarchitekten (ZUS) und einem alternativen Projektentwickler (Codum) übernahm ein Teilgebäude für fünf Jahre zur Zwischennutzung und setzte ein eigenes Finanzierungs- und Nutzungskonzept mit starker Ausstrahlung in den öffentlichen Raum um: Auf dem Dach entstand eine Farm, in der Gemüse angebaut und Bienen gezüchtet werden, es gibt einen Biergarten, eine Möbelwerkstatt und eine Brücke, die den Hauptbahnhof mit einem stillgelegten Bahndamm verbindet. Das Beispiel zeigt, wie aus einer kleinen Eigeninitiative ein völlig neuer öffentlicher Raum entstehen kann – und widerlegt, dass bürgerschaftliches Engagement sich grundsätzlich in kleinteiligen Projekten erschöpfen muss.

Planer als „Ermöglicher“

Allianzen lohnen sich also! Sie müssen jedoch geübt werden. Auf beiden Seiten gibt es Berührungspunkte: Vorbehalte der Verwaltung gegenüber dem „unberechenbaren“ Bürger, Vorbehalte der Bürger gegenüber der Bürokratie. Hier kommen die „Ermöglicher“ ins Spiel, Planer, die die Prozesse moderieren, anstoßen, begleiten und mitunter selbst als Do-it-yourself-Projektentwickler umsetzen können. Eine neue und große Herausforderung.



Schieblock am Hauptbahnhof Rotterdam



Collage: Vision für ein integriertes Freiraumentwicklungskonzept im Bahnhofsumfeld

„Mitgestalten und mitplanen“

Impulsbeitrag von Thies Schröder

Hamburgs Grünverwaltung blickt auf eine 100jährige Erfolgsgeschichte zurück: Parallel zur Entwicklung des Industriekapitalismus wurde ein „Grünes Netz“ entwickelt, das die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger fördern sollte. Die Gestaltung von Park- und Grünanlagen wurde dabei häufig paternalistisch umgesetzt.

Bürgerbeteiligung ist anstrengend und lohnt sich

Heute stellt sich die Situation anders dar: Alle sind sich darin einig, dass der Bürgerbeteiligung eine wesentliche politische und gesellschaftliche Aufgabe zukommt. Das Spektrum der Beteiligung reicht vom Dialog bis zur Aneignung. Das kann sehr verwirrend sein. Hier vier Beispiele zur Erläuterung:

1. Umfassende Beteiligung: das Charrette-Verfahren im Berliner Osten

Das „Charrette-Verfahren“ ist eine Planungsmethode für Stadtentwicklungsvorhaben unter direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Das Besondere an der Methode ist, dass auch Verwaltungsakte Teil der Beteiligung sind. Dieses Verfahren wurde im Schorfheide-Viertel im Berliner Osten angewandt. Die Herausforderung war, den Bewohnerinnen und Bewohnern zu vermitteln, dass ein Teil der Wohnungen abgerissen werden musste. Über das Charrette-Verfahren wurden sie von Anfang an in den damit verbundenen landschaftsarchitektonischen Planungsprozess eingebunden.

2. Beteiligung am Wettbewerb: das Gleisdreieck Berlin

Bis zum Jahr 2013 war das Gleisdreieck Berlin eine Art „No-Go-Area“ im Herzen Berlins. Vielen war das Areal als Nahraum nicht bekannt. Man musste sie daher anfangs einladen, sich die Fläche überhaupt einmal anzusehen. Ziel war dabei nicht, sie an der Entwicklung zu beteiligen, sondern Akzeptanz für

einen Landschaftsarchitektur-Wettbewerb zu schaffen. Das hohe Engagement der Bürgerinnen und Bürger führte jedoch dazu, das Verfahren zu öffnen, Dialoge zwischen Planern und Bürgern zu organisieren und einen Parkbeirat zu bilden. Hier ist es gelungen, ein klassisches Wettbewerbsverfahren mit Beteiligungselementen zu verknüpfen.

3. Gegenbeispiel „Tempelhofer Feld“: Beteiligung, die zum Stillstand führt

Beteiligung ist kein Garant dafür, dass Planung gelingt: Beim „Tempelhofer Feld“ in Berlin führte der umfassende Beteiligungsprozess zu Stillstand und hoher Frustration. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich den Raum so zu Eigen gemacht, dass sie ihn nicht mehr hergeben wollen: Erst im Frühjahr 2014 wurde das wohnungsbaupolitische Vorhaben für das Areal per Bürgerentscheid gekippt.

4. Beteiligung als Trouble Shooter: der Bahnhofplatz Duisburg

Bei der Entwicklung des Duisburger Bahnhofplatzes wurden Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, einen Entwurf bis zur baulichen Reife vorzulegen. Es wurden alle Formen und Stufen der Beteiligung angewandt. Ergebnis: Die bürgerschaftliche und kommunalpolitische Blockade konnte überwunden werden, der erarbeitete Entwurf wurde vom Stadtrat einstimmig beschlossen.

Bürgerbeteiligung braucht eine „Phase Null“

Aus all diesen Beispielen können wir schlussfolgern: Bürgerbeteiligung ist kein Selbstzweck, sie ist eine Pflichtaufgabe. Damit sie gelingen kann, braucht sie eine „Phase Null“: Bereits der Beteiligungsprozess selbst sollte mit den Betroffenen gemeinsam entwickelt werden.

Der Schlüssel zum Erfolg: Wertschätzung

Sechs Arbeitsgruppen standen zur Auswahl: Drei beschäftigten sich mit dem Thema „Umgang mit den Parkanlagen“, drei mit dem Thema „Erfolgreiche Organisation von Beteiligung“. Die Ergebnisse wurden im Plenum vorgestellt und diskutiert. Eine wesentliche Erkenntnis war: „Wertschätzung ist die Voraussetzung für den achtsamen Umgang mit der Natur und einer Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe.“ Hier die Kernpunkte der Diskussion:

THEMA: UMGANG MIT DEN PARKANLAGEN

AG 1: „In Hamburgs Grün zu Gast oder zu Hause: Wie kann die Wertschätzung öffentlicher Grünanlagen verbessert werden?“, Moderation: **Klaus Hoppe**
Hamburgerinnen und Hamburger sollen sich in ihren Parkanlagen zu Hause fühlen. Damit gehen Rechte und Pflichten einher. Vier Handlungsfelder wurden identifiziert:
1. Müll. Das Problem der Müllentsorgung in der Natur ist schichten-, alters- und herkunftsunabhängig. Um eine Verhaltensänderung zu bewirken, sollten Kommunikationskampagnen umgesetzt werden, die Kitas, Schulen, Sportvereine und andere zivilgesellschaftlich relevante



Institutionen einbinden. Auch Wettbewerbe wie „Unser Stadtteil soll schöner werden“ sind denkbar. **2. Verantwortung.** Bürger stoßen in ihrem Wunsch, Verantwortung zu übernehmen, an Grenzen. Es bleibt Aufgabe der Fachverwaltung, über globale Planung und Gestaltung die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu sichern. **3. Vorbildfunktion der Stadt.** Eine auskömmliche Ausstattung mit finanziellen Mitteln und fachkundigem Personal ist zur Sicherung eines Mindeststandards in der Pflege des öffentlichen Grüns unabdingbar. Die finanziellen Mittel für Pflege und Unterhaltung der Grünflächen sollten bereits in der Entwicklungsphase mit eingeplant werden. **4. Qualitäten vermitteln.** Der gelegentlich mangelnden Wertschätzung öffentlicher Grünflächen soll mit Kampagnen, Führungen und der kostenlosen Ausgabe von Informationsmaterialien entgegengewirkt werden.

AG 2: „Mein Park, dein Park, unser Park? Wie lassen sich die unterschiedlichen Nutzungswünsche in Einklang bringen?“, Moderation: **Anette Quast**

Öffentliche Grünanlagen sind unterschiedlichen Nutzungsinteressen unterworfen: Bürgerinnen und Bürger suchen Ruhe oder Abenteuer, Wildnis oder gestaltete Landschaften. Die Themen Müll, Lärm, Rücksichtslosigkeit, Hunde, Vandalismus und die Aneignung von Flächen durch einzelne Gruppen bestimmten die Diskussion. Als Lösungen wurden bezirkliche Ordnungskräfte angeregt, die auch den Park etwas im Auge behalten. Bei kleineren Stadtteil-Grünflächen könnten auch nachbarschaftliche Nutzerinnen und Nutzer diese Funktion übernehmen. Es wurden mehr Ausweichflächen angeregt, um den Nutzungsinteressen von



Kindern, Jugendlichen oder Hundebesitzern gerecht zu werden sowie eine Parkplanung, die Nutzungsbereiche klar definiert. Bildungsangebote und Aufklärungskampagnen können helfen, Grünflächen besser zu schützen.

AG 3: „Wie viel Natur darf's sein? ‚Ordnung‘ versus ‚Wildwuchs‘ im Hamburger Stadtgrün“

Moderation: **Irmela Feige**

Freiräume können zum Beispiel als Naturschutzgebiet oder als öffentliche Parkanlage genutzt werden. Dabei lässt sich ein Trend zu „gestalteten Anlagen“ verzeichnen, „Wildwuchs“ wird häufig als Vernachlässigung missverstanden. Der kurz gehaltene Rasen mit seiner geringen Artenvielfalt gilt als Standard. Der Druck auf die



Flächen wird durch die städtebauliche Verdichtung zusätzlich erhöht. Es sollen daher Nischen und Randbereiche von Grünflächen zur ökologischen Aufwertung genutzt werden (mindestens 20 % der Grünflächen). „Urban Gardening“ soll nicht zu Lasten vorhandener Grünflächen umgesetzt werden. Über Schulungen, Umweltbildung und Kommunikation sollen das pflegende Personal und die Wissensträger in Verbänden, Vereinen und Initiativen qualifiziert werden. Gewarnt wurde vor einer „Aufwertung der Landschaft“, die häufig gleichbedeutend mit einer „Ausräumung der Landschaft“ sei.

THEMA: BETEILIGUNG

AG 4: „Und wer trägt die Verantwortung? Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements“

Moderation: **Berthold Eckebrecht**

Zunächst wurde zwischen Bürgerbeteiligung im Planungsverfahren und Partizipation im Sinne eines Kümmerens um Flächen im öffentlichen Raum unterschieden. Menschen identifizieren sich mit Räumen und Objekten in ihrer Nachbarschaft und wollen oftmals konkret tätig werden. Eine solche Beteiligung bedeutet für die Verwaltung Aufwand, denn sie kann ihre Verantwortung nicht beliebig übertragen: Nicht nur die Begleitung der Initiativen, auch die Rückabwicklung infolge der Aufgabe



des Engagements, was voraussehbar oder auch plötzlich sein kann, erfordert Zeit, Kraft und Geld. Voraussetzung für ein Gelingen von Beteiligungsprozessen ist, dass sich alle Beteiligte über ihre Ziele verständigen und tragfähige und verbindliche Kommunikation etablieren.

AG 5: „Neue Rollenbilder und Aufgaben für Planer, Verwaltung und Bürger: Wie sieht das Modell der Zukunft aus?“; Moderation: **Prof. Klaus Overmeyer**

Nach wie vor wird Beteiligung meistens von oben organisiert: Eine Kultur des verlaufs- und ergebnisoffenen Austausches ist noch in der Entwicklung. Oft herrscht ein Mangel an Vertrauen und Wertschätzung, auch an Zutrauen, Menschen etwas selbst gestalten zu lassen. Das Angebot, sich beteiligen zu können, kommt häufig zu spät, beispielsweise wenn die Planungen schon weit fortgeschritten sind. Verwaltungsmitarbeiter sollten sich daher qualifizieren, etwa über die Auswertung guter Praxisbeispiele. Auch eine Aufwandsentschädigung für Bürger wurde diskutiert. Um dem Bürgerwillen stärker gerecht zu werden, sollte durch die Planung eine ‚Kultur des Tuns und Ausprobierens‘ gefördert werden. Voraussetzung für einen erfolgreichen Diskurs ist dabei die Vorgabe klarer Rahmenbedingungen.

AG 6: „Kreativ und konstruktiv – Wie gelingt die Zusammenarbeit aller Akteure im Planungsprozess?“; Moderation: **Thies Schröder**

Formelle Beteiligungsverfahren kommen in der Regel zu spät. Es fehlt an Transparenz und Offenheit im Verfahren. Damit Beteiligung nicht immer komplexer und anstrengender für alle Akteure wird, müssen folgende Schritte umgesetzt werden: 1. Phase Null organisieren: Alle Beteiligten verständigen sich über Form und Ausmaß ihrer Beteiligung. 2. Die Verwaltung kommt ihrer Holpflicht nach: Sie bekundet ihr Interesse an



Beteiligung und informiert regelmäßig. 3. Beide Seiten sind bereit, sich in die Situation ihres Gegenübers zu versetzen. 4. Beide Seiten sind zu einem konstruktiven Miteinander bereit und vermeiden Ja/Nein-Situationen.

Erkenntnisse der Fachplanung aus der Diskussion

„Fachplanung ist unverzichtbar. Sie muss – trotz „Phase Null“ – immer in Vorleistung gehen: Ideen entwickeln, präsentieren, diskutieren. Aber: Sie muss auch ihre Rolle erweitern. Planer werden zu Erklärern und Kümmerern, die ihre fachlichen Vorhaben vermitteln müssen. Die bloße Information reicht nicht mehr aus“; „Noch werden die Bürger in Planungsprozesse erst einbezogen, wenn bereits Ideen für einen Ort bestehen. Diese ‚nachgeordnete Beteiligung‘ muss durch eine ‚vorgeschalte Beteiligung‘ ersetzt werden: Künftig wird sich die Planung erst über die Begabung eines Ortes und das Interesse der Menschen verständigen müssen“; „Im Zeitalter der Information braucht die repräsentative Demokratie die direkte Beteiligung als zivilgesellschaftliches Gegengewicht.“; „Noch mangelt es in der Verwaltung an den notwendigen Kommunikations- und Handlungsstrukturen für mehr Beteiligung: Als klassischer Dienstleister nimmt sie klar definierte Aufgaben wahr, diskutiert sie aber nicht.“; „Beteiligung kann Zeit und Ressourcen

sparen. Die nachsorgende Beaufsichtigung von Verfahren ist immer aufwändiger.“

Stimmen aus dem Publikum

Neben positiven Rückmeldungen, dass es in Hamburg schon viele gute Beispiele für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung gibt, fehlten auch kritische Anmerkungen nicht. So sei die Gefahr bei der Beteiligung, dass wortmächtige Interessengruppen sich durchsetzen und weniger gut organisierte Gruppen das Nachsehen hätten. Bürgerbeteiligung würde dann gelingen, wenn alle Akteure zur konstruktiven Mitgestaltung bereit seien. Ein Gast war

der Meinung, es dürften zwar von den Bürgern kleine Stadtteilflächen gepflegt werden, größere Planungsvorhaben würden aber einer professionellen Gestaltung bedürfen. Auch wurde betont, dass es eine etablierte gute Kooperationspraxis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung gäbe – wenn auch häufig unterhalb der Aufmerksamkeitsschwelle der allgemeinen Öffentlichkeit. Einigkeit bestand in der Einschätzung, dass in Hamburg die Bereitschaft für bürgerschaftliches Engagement traditionell groß sei und es Aufgabe aller Beteiligten sein müsse, dieses Potenzial für eine kooperative Stadtentwicklung zu nutzen.



Blick in den Hamburger Stadtpark

Schlusswort von Senatorin Blankau

Ziel dieser Stadtwerkstatt war es, zu erörtern, wie sich Bürgerinnen und Bürger an dem Erhalt, der Wertschätzung und Weiterentwicklung von Hamburger Grün- und Parkanlagen beteiligen können. Aus dem Diskurs lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

1. 100 Jahre Grünverwaltung haben sich gelohnt und werden sich weiter lohnen. Denn: Man kann sie nicht ersetzen. Die Grünverwaltung nimmt die Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger auf, verfügt über das notwendige Fachwissen, ihre Ideen planerisch einzubinden und über die notwendigen Ressourcen, sie gestalterisch umzusetzen.
2. 100 Jahre Grünverwaltung bedeuten 100 Jahre kontinuierlichen Wandel. In weit stärkerem Ausmaß als früher kommt der Grünverwaltung heute eine beratende Rolle zu: Sie ermuntert Menschen und Unternehmen, eigeninitiativ tätig zu werden, begleitet und fördert sie in ihrem Engagement. Allerdings, auch das ist auf dieser Stadtwerkstatt deutlich geworden: Partizipation benötigt Regeln. Die Interessen der Menschen sind sehr unterschiedlich. Es muss daher zuvor geklärt werden, wie und in welchem Umfang sie beteiligt werden, über welche Themen sie beraten und entscheiden können – und über welche nicht. Das ist außerordentlich wichtig, damit die gemeinsame Arbeit konzentriert und zielführend gestaltet werden kann.
3. Eine einheitliche Meinung *der* Bürgerinnen und Bürger gibt es nicht – auch wenn Politik und Initiativen häufiger von „*dem* Bürgerwillen“ sprechen. Dabei handelt es sich jedoch immer um eine Teilöffentlichkeit. Aufgabe der Politik aber ist es, die Wünsche und Bedürfnisse aller Menschen zu berücksichtigen und widerstreitende Interessen auszugleichen.
4. Öffentliches Grün braucht engagierte Bürger. Allein kann die Grünverwaltung die Fülle der wünschenswerten Aufgaben nicht bewältigen. Daher ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt und die Pflege der Hamburger Grün- und Freiflächen unverzichtbar. Es bedeutet aber auch, soziale Kontrolle auszuüben und Zivilcourage zu zeigen, beispielsweise, wenn öffentliches Eigentum beschädigt wird.

Hamburg ist eine attraktive Stadt. Sie will wachsen und weitere Menschen willkommen heißen. Damit dies gelingen kann, brauchen wir jede Einzelne und jeden Einzelnen: mit Ideen, Kritik und Einsatz.

Jutta Blankau
Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt

„Markt der Möglichkeiten“



GreenGym – gemeinsam den Park pflegen und sich bewegen

GreenGym verbindet Parkpflege mit einem Bewegungsangebot und integriert Menschen mit sozialen oder psychischen

Problemen. Nach Pilotprojekten im Öjendorfer Park und im City Nord Park, möchte der Träger „heilende Stadt“ GreenGym an weiteren Standorten etablieren. www.heilendestadt.de

Botanischer Verein zu Hamburg e.V. , anerkannter Naturschutzverband Wir vermitteln auf Exkursionen Kenntnisse zu Arten und Lebensräumen und kartieren Blütenpflanzen, Moose, Flechten und Pilze. Mit Planungen der Stadt setzen wir uns kritisch auseinander, betreiben Öffentlichkeitsarbeit für den Naturschutz und betreuen Gebiete.

Aktiv für Hamburgs StadtNatur Unter dem Motto „Aktiv für Hamburgs StadtNatur“ macht sich der NABU Hamburg stark für die vielfältigen Lebensräume der Stadt. Alle sind zum Mitmachen aufgerufen: z. B. können Anwohner auf NABU-Aktionstagen mehr Natur in Parks, Grünanlagen und Gewässer bringen oder Unternehmen ihr Firmengelände naturnah gestalten.

Stadtpark Verein Hamburg e.V. Der Stadtpark Verein Hamburg e.V. setzt sich für den bedeutenden Hamburger Stadtpark ein. Er betreibt Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, widmet sich dem Aufbau eines Stadtpark-Archivs, bietet Parkführungen an und richtet im Sierichschen Forsthaus ein Kommunikationszentrum ein.

Kleingärten in Hamburg Der Landesbund der Gartenfreunde in Hamburg e.V. ist eine gemeinnützige Organisation für das Kleingartenwesen. Über 33.500 Kleingartenparzellen werden in 311 Vereinen bewirtschaftet. Diese Kleingärten bilden einen großen Teil des Grüns der Stadt und damit der „grünen Lunge“ Hamburgs. Infos unter www.gartenfreunde-hh.de.

Serrahn 2030 – Die Stadtwerkstatt zum Bergedorfer Hafen

Die Ergebnisse des mit der Bergedorfer Bevölkerung durchgeführten Dialogverfahrens werden Teil des Zukunftsbilds „Serrahn 2030“, das konkrete Projektideen für die zukünftige Entwicklung des Bergedorfer Hafens umfasst. Das Zukunftsbild dient als Grundlage für weitere Planungen.

Der Stadteilgarten in Hamm Die Gartengruppe „Grüner Hammer“ wurde 2011 gegründet und begann, von der Idee des Urban Gardening inspiriert, den Schulgarten der Stadtteilschule Griesstraße neu zu gestalten. Der Garten birgt viele permakulturelle Gestaltungselemente. Die Gärtner verfolgen das Ziel, einen ökologischen Mit-Mach- und Lern-Garten zu schaffen.

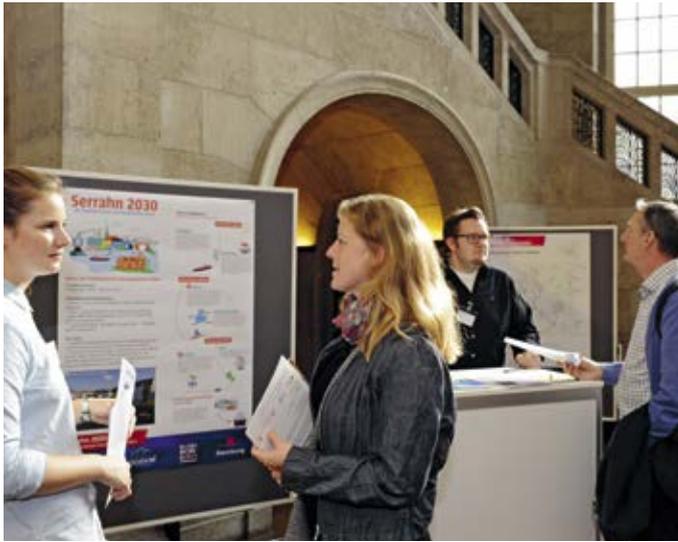
Aufwertung der Grünflächen in Lokstedt Süd Aufgrund der starken Nachverdichtung in Lokstedt und der damit verbundenen stärkeren Nutzung der vorhandenen Grünflächen sollen diese qualitativ aufgewertet werden. Zu diesem Zweck wurde mit Bürgerbeteiligung ein Handlungskonzept erarbeitet. Die ersten Maßnahmen sind abgeschlossen. Der 2. Bauabschnitt ist in Vorbereitung.

Urban Gardening: Meenkweise Die Eppendorfer Meenkweise wird in Abstimmung mit dem Bezirk Hamburg-Nord von Bürgerinnen und Bürgern gestaltet und gepflegt. Dabei stehen die einzelnen Gärten jeweils unter einem bestimmten Motto, wie z. B. Farne und Gräser, Bauern-, Künste-, Miniatur-, Medizin-, Küchen-, Blauer- oder Schmetterlingsgarten.

Verein Freundeskreis Appelhoffweiher e.V. Der Stadtverein „Freundeskreis Appelhoffweiher e.V.“ möchte den Mehrgenerationenplatz am Appelhoffweiher als nachbarschaftliche Begegnungsstätte des Quartiers etablieren und erhalten. Der Verein möchte diese Ziele durch Angebote von sportlichen und kulturellen Aktivitäten erreichen.



Impressionen 2



Impressum

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

V.i.S.d.P.: Christian Landbeck

E-Mail: stadtwerkstatt@bsu.hamburg.de

weitere Informationen: www.hamburg.de/stadtwerkstatt

Bestellungen über:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

„Stadtmodell Hamburg“

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

Tel: 040/428 40-50 50

E-Mail: stadtmodell-hamburg@bsu.hamburg.de

Konzeption und Redaktion:

Almut Blume-Gleim

Referat Stadtwerkstatt und Partizipationsverfahren (BSU)

Texte tlw.: Petra Bäurle, www.klartext-kommunikation.de

Gestaltung:

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Abbildungsnachweis:

Titel und S. 19 unten: Klaus Frahm

S. 8 oben und S. 16: Werner Bartsch

S. 8 unten: Hafencity Hamburg GmbH / Thomas Hampel

S. 11: ZUS

alle anderen Fotos: Michael Zapf

Auflage: 2.000, Oktober 2014

